



# Déjà-vu am Golf von Guinea

Extremismus auf dem Vormarsch in Westafrika\*

Tobias von Gienanth

Friedenseinsätze stehen mehr denn je unter Druck. Und dass, obwohl sich sowohl internationale Organisationen wie UN, EU, AU und andere regionale Akteure, gerade in Afrika, als auch die meisten ihrer Mitgliedstaaten, regelmäßig zu diesem Instrument des multilateralen Krisenmanagements bekennen. Tatsächlich ist die jüngere Geschichte dieser Missionen in der Sahelzone wenig beeindruckend. 2023 wurde der umfangreiche UN-Einsatz in Mali, MINUSMA, von der dortigen Regierung vor die Tür gesetzt. Es folgte das Aus zweier kleinerer EU-Missionen im Nachbarland Niger. Dass es sich in beiden Fällen um illegitime, durch Putsch an die Macht gelangte Militärjuntas handelte, die keine Zeugen ihrer erheblichen Menschenrechtsverletzungen an der eigenen Bevölkerung gebrauchen konnten, ist ein Teil der Erklärung.

Wahr ist aber auch, dass Mandat und Fähigkeiten der geschassten Missionen unzureichend an die Bedürfnisse der Gastländer angepasst

\*Unsere Publikationen beziehen regelmäßig das Einsatzwissen von ZIF-Sekundierten ein.

## Empfehlungen

- Eine weitere Destabilisierung der Anrainerstaaten des Golfs von Guinea berührt auch Deutschlands strategische, wirtschaftliche und Sicherheitsinteressen.
- Erforderlich ist eine rasche Umsetzung des neuen EU-Ansatzes zum Sahel sowie eine politisch sensible Klärung der europäischen Position gegenüber den Militärregierungen im Sahelraum.
- Deutschland und Europa sollten ihr Vorgehen gegen die Verbreitung anti-westlicher Narrative in Westafrika durch Russland deutlich ausbauen.
- Es bedarf eines einheitlichen Mechanismus zur Koordinierung der unterschiedlichen finanziellen Maßnahmen der EU in den Staaten am Golf von Guinea.
- Zivile Beiträge im Sinne des *Humanitarian-Development-Peace* (HDP) Nexus sind insbesondere zur Beilegung von Konfliktursachen und der Prävention von Extremismus erwiesenermaßen erfolgreich.
- Auf der diplomatischen Ebene sollten europäische Akteure jede Initiative zum Abbau von Spannungen in der Region unterstützen, insbesondere eine Annäherung zwischen ECOWAS und AES.

waren. Angesichts der akuten Bedrohung durch verschiedene islamistische Milizen wollten sie eine aktive Unterstützung in der Terrorbekämpfung – eine Aufgabe, die weder UN noch EU übernehmen konnten und wollten. Der Weg einer völligen strategischen Neuorientierung von Mali, Niger und des dritten Putschregimes der Region, Burkina Faso, weg von UN, EU, und der westafrikanischen Regionalorganisation ECOWAS, und hin zum neuen Antiterror-Partner Russland hat sich schnell als Irrweg erwiesen. Die Islamisten im Sahel kontrollieren immer größere Gebiete, bedrohen inzwischen sogar zentrale Verkehrsadern und Bevölkerungszentren. Ihr Übergreifen auf die angrenzenden Nachbarstaaten am Golf von Guinea ist absehbar.



***Die Islamisten im Sahel kontrollieren immer größere Gebiete, bedrohen inzwischen sogar zentrale Verkehrsadern und Bevölkerungszentren***

Was bedeutet diese Situation also für ein zukünftiges internationales Engagement in Côte d'Ivoire, Ghana, Togo und Benin? Klar ist, dass nur eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit innovativen Formaten, eine kluge Arbeitsteilung mit mehr Koordination untereinander, ein Ineinandergreifen von militärischen und zivilen Ansätzen und eine bessere Anpassung an die konkreten Wünsche dieser Länder zum Erfolg führen können.

## **Entwicklungen in der Sahelzone**

Das zentrale Versprechen der durch die Militärputsche der Jahre 2020–2023 in Mali, Burkina Faso und Niger an die Macht gekommenen Regime war einerseits die

Durchsetzung von nationaler Souveränität gegen angeblich neo-koloniale Präsenzen und andererseits mehr Schutz für die lokale Zivilbevölkerung vor terroristischen Angriffen. Es folgten der Abzug von MINUSMA und von militärischen und zivilen französischen, amerikanischen und EU-Präsenzen, der Austritt der drei Sahel-Staaten aus ECOWAS, die Gründung eines eigenen Bündnisses (*Alliance des États du Sahel*, AES) und die Annäherung an Russland und die Präsenz von Söldnertruppen (zunächst unter Wagner, nun ersetzt durch das Afrika Corps). Man muss aber klar feststellen, dass die von den Juntas versprochenen Erfolge im Kampf für mehr öffentliche Sicherheit ausgeblieben sind.



***Der Sahel war 2024 die am meisten vom Terrorismus betroffene Region weltweit, auf sie entfielen über die Hälfte aller Terroropfer.***

Im Gegenteil, die Gewalt hat sich sowohl intensiviert als auch in der Fläche ausgebreitet, der Anstieg der Zahlen der Terroropfer in den drei Staaten von 2020 – dem Jahr des ersten Putsches in Mali – bis 2024 betrug 250%. Der Sahel war 2024 tatsächlich die am meisten vom Terrorismus betroffene Region weltweit, auf sie entfielen über die Hälfte aller Terroropfer, 2007 war es nur ein Prozent<sup>1</sup>. Seit 2019 hat sich die Zahl aller Konflikttoten im Sahel verzehnfacht, sie erreichte 2024 zum ersten Mal die Marke von 25.000 Getöteten. Rund 11.000 von ihnen wurden Opfer von militanten islamistischen Gruppen, die beiden bedeutendsten sind die mit Al Quaida affliierte Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM) mit 6-7.000 und der Islamische Staat in der Größeren Sahara (ISGS) mit 2-3.000 Kämpfern<sup>2</sup>.

Burkina Faso hatte 2024 die meisten Opfer zu beklagen, die Regierung hat nur noch die Kontrolle über 40% des Staatsgebiets. Niger hatte 2024 den größten Zuwachs bei den Opferzahlen (plus 94%), seit dem Putsch gegen Präsident Bazoum im Juli 2023 hat sich die Anzahl der jährlichen Opfer vervierfacht, von 400 auf 1.600 (Juli 2023–Juni 2025). In Mali sind allerdings die staatlichen Sicherheitskräfte und ihre russischen Verbündeten eine noch größere Gefahr für die Zivilbevölkerung als die Islamisten: In den letzten vier Jahren waren die für rund 6.000 getötete Zivilisten verantwortlich, bei Terrorattacken starben dagegen 5.700. Und neben Todesopfern produzieren die Konflikte auch umfangreiche Bevölkerungsverschiebungen. In der Sahelregion gibt es aktuell rund 4,4 Millionen Binnenvertriebene, die allermeisten in Burkina Faso (3,6 Millionen) und zusätzlich rund 850.000 Flüchtlinge in ihren Nachbarstaaten<sup>3</sup>.



***Die Milizen sind immer stärker in lokale und regionale Strukturen der organisierten Kriminalität eingebunden, darunter illegaler Goldbergbau, Viehdiebstahl, erpresserischer Menschenraub und Drogenhandel.***

Die verschiedenen Terrorgruppen kontrollieren auch immer größere Gebiete, in denen sie von der breiten Bevölkerung und insbesondere Gewerbetreibenden Steuern einnehmen. Die malische Hauptstadt Bamako leidet seit Monaten unter einer de-facto-Blockade durch JNIM-Kämpfer, die vor allem den Import von Treibstoff über Häfen in Senegal und Côte d'Ivoire in den Binnenstaat Mali unterbindet und so zu massiven Versorgungsengpässen geführt hat<sup>4</sup>.

Zusätzlich sind die Milizen immer stärker in lokale und regionale Strukturen der organisierten Kriminalität eingebunden, darunter illegaler Goldbergbau, Viehdiebstahl, erpresserischer Menschenraub und der Handel mit Drogen und gefälschten Medikamenten. In den meisten Fällen sind sie nicht direkt an den kriminellen Aktivitäten beteiligt, sondern sie profitieren über Schutzgeldzahlungen, die sie von den kriminellen Akteuren eintreiben. Und diese Netzwerke aus Extremisten und Kriminellen sind auch ein wichtiger Faktor in einer besorgniserregenden Entwicklung: die seit Jahren befürchtete Ausdehnung der Aktivitäten der Extremisten aus dem Sahel an die Anrainerstaaten des Golfs von Guinea ist jetzt Realität geworden<sup>5</sup>.

## **Entwicklungen in den Staaten am Golf von Guinea**

UN-Generalsekretär Antonio Guterres<sup>6</sup>, AU-Kommissionspräsident Mahmoud Ali Youssouf<sup>7</sup> und ECOWAS-Kommissionspräsident Omar Touray<sup>8</sup> haben erst jüngst darauf hingewiesen, dass Islamisten und kriminelle Banden inzwischen nicht nur den Sahel bedrohen, sondern ganz Westafrika, insbesondere Benin, Côte d'Ivoire, Ghana und Togo.

Diese sind zwar wirtschaftlich erfolgreicher als die Sahelstaaten und einige von ihnen verfügen über stabilere politische Strukturen, aber auch sie sind verletzlich. Insbesondere besteht in allen ein deutliches Gefälle zwischen den boomenden Regionen entlang der Küste und dem wesentlich ärmeren Hinterland im Norden, an der Grenze zum Sahel, das zudem auch von anderen ethnischen Gruppen bewohnt wird. Dieser Umstand führt zu erheblicher

Frustration in der dortigen Bevölkerung, die sich von ihren Hauptstädten – allesamt Hafenstädte am Golf von Guinea – im Stich gelassen fühlen.

Besonders betroffen sind die südlichen Nachbarstaaten des Epizentrums islamistischer Gewalt, Burkina Faso. Benin erlebte in 2025 einen Anstieg der Zahlen der Opfer islamistischer Gewalt um 129% auf 374, in Togo stieg die Anzahl der Terrortoten im gleichen Zeitraum um das Doppelte auf über 100<sup>9</sup>. Die Anschläge im Norden von Benin und Togo gehen vor allem auf das Konto von Katiba Hanifa, einer Untergruppierung von JNIM, die im Südosten von Burkina Faso große Gebiete kontrolliert. Insbesondere greift die Gruppe den Transitzkorridor von Cotonou in Benin nach Niamey an, über den mehr als 50% der Ein- und Ausfuhren von Niger abgewickelt werden.



***Die Islamisten gehen dabei nach demselben Muster vor, das in der Sahelregion erfolgreich war: sie befeuern interethnische Konflikte und nutzen die resultierenden Spannungen zum Anwerben von Rekruten.***

Die Islamisten gehen dabei nach demselben Muster vor, das in der Sahelregion so erfolgreich war: sie befeuern interethnische Konflikte – oft zwischen nomadischen Viehzüchtern und sesshaften Bauern – und nutzen die resultierenden Spannungen zum Anwerben von Rekruten. Sie vernetzen sich mit lokalen kriminellen Akteuren zur Finanzierung ihrer Aktivitäten. Vor Ort übernehmen sie lokal die Funktionen der abwesenden oder vertriebenen Verwaltung und Justiz und erwerben so Rückhalt und Ansehen. So wird zum Beispiel der (illegale)

Gold-Kleinbergbau im Norden von Benin, Togo und Côte d'Ivoire von den Islamisten geduldet – gegen eine Gebühr, versteht sich<sup>10</sup>. Genauso wie im Sahel schüren sie anti-westliche Narrative und treiben so zunehmend einen Keil in die Beziehungen der Regierungen zu Europa.

Zwar sind alle vier Staaten am Golf von Guinea von der Expansion der islamistischen Gruppen bedroht, aber in unterschiedlichem Maße. Benin hat die höchsten Opferzahlen, eine geringe Anzahl unzureichend ausgerüsteter Sicherheitskräfte und scheint auch politisch verwundbar. Präsident Patrice Talon wird bei den Wahlen im Frühjahr 2026 nicht wieder antreten, die Opposition protestiert gegen Wahlrechts- und Verfassungsreformen und kritisiert, dass Benin nach wie vor militärisch eng mit Frankreich und den USA kooperiert. Im September 2024 und im Dezember 2025 unternahmen Teile der Armee zwei, wenn auch erfolglose, Putschversuche. Auch in Togo, dem Land mit den zweitmeisten Konfliktopfern, ist die innenpolitische Lage gespannt, Proteste gegen Staatschef Faure Gnassingbé nehmen zu – seine Familie regiert Togo seit 1967.

Demgegenüber scheinen Côte d'Ivoire und Ghana deutlich resilienter. Sie sind finanziell bessergestellt, politisch stabiler und verfügen über stärkere Sicherheitskräfte. Ghana konnte entsprechend seine Grenzen bisher gegen terroristische Angriffe schützen. Côte d'Ivoire reagierte auf einige Anschläge seit 2020/21 mit einer Initiative, die eine Vorbildfunktion für die gesamte Region hatte: Eine deutlich ausgeweitete Präsenz von Armee und Polizei im Norden des Landes wurde begleitet von einem Ausbau von Straßen, Schulen und des Gesundheitswesens. Flankiert wurden diese sozioökonomischen

Investitionen mit vertrauensbildenden Maßnahmen, um die Beziehungen zwischen den Sicherheitskräften und der lokalen Bevölkerung zu verbessern<sup>11</sup>. Tatsächlich gab es in Côte d'Ivoire seit 2021 keinen islamistischen Anschlag mehr.



***Côte d'Ivoire reagierte mit einer Initiative, die eine Vorbildfunktion für die gesamte Region hatte: Eine deutlich ausgeweitete Militärpräsenz im Norden des Landes wurde flankiert von sozioökonomischen Investitionen und vertrauensbildenden Maßnahmen.***

Beginnend in 2024 haben Benin, Togo und Ghana ähnliche Initiativen gestartet. Es gibt auch erste Bemühungen, die Zusammenarbeit der Streitkräfte und Nachrichtendienste der vier Länder zu verbessern. Ob diese Erfolg haben, werden bleibt abzuwarten, insbesondere angesichts der angespannten Beziehungen zwischen Benin und Togo sowie der geringen Ressourcen dieser beiden Staaten.

Zwar steigt seit etlichen Jahren das Engagement verschiedener Akteure wie Russland, China, Indien, Türkei und der Golfstaaten in der Region. Sie investieren in die lokale Wirtschaft, finanzieren Infrastruktur, trainieren Sicherheitskräfte, liefern Militärmaterial – zunehmend Drohnen und Gerät zur Drohnenabwehr<sup>12</sup> – und bauen Moscheen und Schulen. Allerdings werden diese unkoordinierten, von nationalen Interessen geleiteten Aktivitäten nicht ausreichen, um der Region am Golf von Guinea das Schicksal des Sahel zu ersparen. Zusätzliche, gut abgestimmte multilaterale Stabilisierungsmaßnahmen sind notwendig.

## Internationale Stabilisierungsbemühungen

### Die Vereinten Nationen

Auch wenn die Vereinten Nationen keinen Friedenseinsatz mehr in Westafrika unterhalten, sind sie dennoch mit verschiedenen Unterorganisationen in der Region vor Ort vertreten. Das *United Nations Development Programme* (UNDP) unterstützt mit seinem PVE-Projekt (*Preventing Violent Extremism*)<sup>13</sup> regionale Organisationen wie die AU und ECOWAS sowie insgesamt 21 Länder, darunter Benin, Ghana und Togo. UNDP-PVE will dabei sicherstellen, dass nationale Strategien nicht einseitig militärisch ausgerichtet werden, sondern von Maßnahmen zur sozioökonomischen Entwicklung, Respektierung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit begleitet werden, die insbesondere Jugendliche, Frauen und Minderheiten in den Fokus nehmen. Viele dieser Projekte werden vom *Peacebuilding Fund* der UN finanziert, dessen größter Geber seit Jahren Deutschland ist<sup>14</sup>.

Der UN Climate Security Mechanism unterstützt Burkina Faso, Mali und Niger bei der Erstellung von nationalen Aktionsplänen zu Climate, Peace and Security (CPS), die grenzüberschreitend in Kooperation mit der Liptako-Gourma-Authority umgesetzt werden sollen<sup>15</sup>.

Das *United Nations Office on Drugs and Crime* hat im Rahmen seines Projektes CON-NECT (*Coordination Through Operational Networks Against the Nexus of Crime and Terrorism*)<sup>16</sup> eine eigene Initiative speziell für die westafrikanischen Küstenländer und die Sahelregion gegründet. Sie konzentriert sich auf das Erheben und Analysieren von

Daten, das Teilen von nachrichtendienstlichen Informationen innerhalb der Region und – ähnlich UNDP – auf präventive Maßnahmen, die eine Radikalisierung vor allem von Jugendlichen verhindern sollen.



***Die vielfältigen Aktivitäten der UN sind zwar inhaltlich sinnvoll und mit lokalen Partnern abgestimmt, leiden aber – wie im Fall der EU – unter Mängeln in der Koordination und unterschiedlichen Präferenzen der Mitgliedsstaaten.***

Auch das *Executive Directorate* (CTED) des *Counter-Terrorism Committee* (CTC)<sup>17</sup> des UN-Sicherheitsrats befasst sich mit der Region. Es sorgt in Abstimmung mit dem *UN Office for West Africa and the Sahel* (UNOWAS)<sup>18</sup> dafür, dass das Thema Extremismusbekämpfung und -prävention auf der Agenda des Sicherheitsrates bleibt, unterstützt mit regelmäßigen Feldbesuchen regionale Akteure wie ECOWAS und *Accra Initiative* und bearbeitet gerade auch technische Aspekte wie Geldwäsche zur Terrorfinanzierung, zunehmende Nutzung von Kampagnen auf sozialen Plattformen und den Einsatz von Drohnen durch islamistische Gruppen.

Die vielfältigen Aktivitäten der UN sind zwar inhaltlich sinnvoll und mit lokalen Partnern abgestimmt, leiden aber – wie im Fall der EU – unter Mängeln in der Koordination und unterschiedlichen Präferenzen der Mitgliedsstaaten. Weitere Herausforderungen sind der seit dem Ende von MINUSMA angeschlagene Ruf der UN in der Region, der enorme finanzielle Druck, der auf der UN lastet, sowie ihre mangelnde Bereitschaft, die Form von Unterstützung zu leisten, die die betroffenen Staaten am deutlichsten

einfordern, nämlich eine direkte Unterstützung bei der militärischen Terrorismusbekämpfung. Ebenso ist eine Initiative von Sierra Leone, das bis Ende 2025 sowohl Mitglied im UN-Sicherheitsrat als auch Inhaber des rotierenden ECOWAS-Vorsitzes war, im Rahmen der UN-Resolution 2719<sup>19</sup> UN-Gelder für einen afrikanischen Anti-Terroreinsatz in Westafrika zu mobilisieren, im Sande verlaufen<sup>20</sup>.

## **Die Europäische Union**

Die EU ist noch mit einem traditionellen Einsatz, der zivilen EUCAP Sahel Mali, in der Region vertreten. Aber auch sie setzt vermehrt auf neue Formate, wie die im Dezember 2023 aufgebaute *EU Security and Defence Initiative in the Gulf of Guinea* (EU SDI)<sup>21</sup>. In ihrem Rahmen werden eine kleine Anzahl von zivilen und militärischen Berater:innen (aktuell rund 10) in den EU-Delegationen vor Ort platziert, um gemeinsam mit den lokalen Regierungen Beratungs- und Trainingsprojekte zu entwickeln. Diese werden dann von mobilen Training-Teams und „visiting experts“ in Kurzzeiteinsätzen implementiert.



***Das Zögern der EU, offensiv einsetzbares militärisches Gerät zu liefern, untergräbt Europas Ansehen als verlässlicher Partner im Kampf gegen islamistischen Terrorismus.***

Zusätzlich werden unter dem „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit“ (NDICI)<sup>22</sup> der EU in den nächsten fünf Jahren 1,3 Milliarden Euro für Aktivitäten im Norden von Benin, Côte d'Ivoire, Ghana und Togo bereitgestellt. Hinzu kommen noch



einmal 150 Millionen Euro aus der Europäischen Friedensfazilität (EFF)<sup>23</sup> zur Unterstützung der Sicherheitskräfte dieser Länder<sup>24</sup>.

Daneben gibt eine große Vielfalt bilateraler Maßnahmen. Neben Deutschland, dem größten bilateralen Geber, finanzieren auch Belgien, Dänemark, Frankreich, Italien, die Niederlande, Spanien, Schweden sowie Großbritannien Dutzende von Programmen. Hier liegt eine der größten Herausforderungen: nach wie vor gibt es kaum flexible EU-Finanzierungsmechanismen oder eine Koordinierung der Vielzahl an Hilfsangeboten für den Golf von Guinea, ähnlich wie früher im Sahel. Dies birgt die Gefahr nicht nur einer ineffizienten Dopplung, sondern auch einer Überladung lokaler Strukturen unter einem Berg paralleler Angebote. Das Zögern der EU, offensiv einsetzbares militärisches Gerät zu liefern, untergräbt zusätzlich Europas Ansehen als verlässlicher Partner im Kampf gegen islamistischen Terrorismus am Golf von Guinea. Zuletzt bleibt auch die Rolle Frankreichs im europäischen Rahmen problematisch, dessen Beziehung zu seinen Ex-Kolonien auch am Golf von Guinea immer toxischer wird und – wie schon im Sahel – europäische Stabilisierungsmaßnahmen zu „vergiften“ droht.

### Regionale Organisationen

Das Fehlen einer effektiven regionalen Zusammenarbeit ist einer der Faktoren, der die Ausbreitung extremistischer Gewalt an den Golf von Guinea begünstigt. Über Jahrzehnte galt die zuständige westafrikanische Regionalorganisation ECOWAS als das kompetenteste Bündnis des Kontinents mit einer Reihe von Erfolgen in der Wirtschafts-, aber auch Sicherheitskooperation. Die Putsche in Mali, Burkina Faso und insbesondere in Niger haben die ECOWAs aber in eine

tiefe Krise gestürzt. Die Militärregierungen der drei Länder reagierten auf die Ankündigung der Organisation, den legitimen Präsidenten Nigers notfalls mit Gewalt wieder an die Macht zu bringen, mit einem gemeinsamen Austritt aus ECOWAS (rechtswirksam seit Januar 2025) und der Gründung eines neuen eigenen Bündnisses, der AES. Zwar gab es seitdem unter der Vermittlung von AU, Ghana und Senegal Bemühungen um eine Annäherung der beiden Organisationen, unter anderem ein erstes offizielles Treffen im Mai 2025. Dennoch scheint in absehbarer Zeit eine enge, effektive Sicherheitskooperation zwischen ECOWAS und AES unwahrscheinlich. Der Austritt von Mali (2022), Burkina Faso und Niger (beide 2023) besiegelte auch das Schicksal der G5-Sahel, die von den beiden verbleibenden Mitgliedern Mauretanien und Tschad Ende 2023 aufgelöst wurde.



***Die Niederschlagung des Putsches in Benin Anfang Dezember zeigt zwar den politischen Willen und die Fähigkeit von ECOWAS auf eine Bedrohung schnell und konsequent zu reagieren, aber eben unter fast idealen Bedingungen.***

Auch die schlechten bilateralen Beziehungen einiger Staaten sprechen gegen mehr Zusammenarbeit<sup>25</sup>. Erhebliche Spannungen bestehen zwischen sowohl Benin als auch Côte d'Ivoire und Burkina Faso, sowie zwischen Benin und Niger und zwischen Côte d'Ivoire und Mali. Togo ist zwar noch Mitglied von ECOWAS, hat aber schon öffentlich über einen Beitritt zur AES nachgedacht. Ghana hingegen positioniert sich als Vermittler zwischen den drei Sahel- und den vier Golf-von-Guinea-Staaten. Sein

besonderes Interesse gilt einer Wiederbelebung der *Accra Initiative*, die 2017 von genau diesen sieben Staaten gegründet wurde<sup>26</sup>. Tatsächlich wäre dieser Sicherheitsmechanismus sowohl von seinen Mitgliedern her wie auch von seinen Aufgaben – Informationsaustausch, koordiniertes Training und gemeinsame grenzüberschreitende Operationen – ideal geeignet, um den Vormarsch der Islamisten einzudämmen. Doch auch er fiel dem diplomatischen Bruch zwischen ECOWAS- und AES-Mitgliedern in Zuge der Militärputsche zum Opfer.

Anders als Ghana bevorzugten Senegal und Nigeria eine Stärkung von ECOWAS. Und tatsächlich aktivierte die Organisation bereits im März 2025 eine regionale Eingreiftruppe zur Terrorismusbekämpfung und zur Abwehr von Militärputschen, die im November von ECOWAS unter dem Namen *ECOWAS Standby Intervention Force* (ESIF) bestätigt wurde<sup>27</sup>. Auf dem Papier soll sie rund 5.000 Truppen umfassen, was ein substanzieller Beitrag wäre. Tatsächlich kam ein Teil der ESIF mit Truppen aus Côte d'Ivoire, Ghana, Nigeria und Sierra Leone offenbar bei der Niederschlagung des Putsches in Benin Anfang Dezember 2025 zum Einsatz<sup>28</sup>. Dies zeigt zwar den politischen Willen und die Fähigkeit von ECOWAS auf eine Bedrohung schnell und konsequent zu reagieren, aber eben unter fast idealen Bedingungen: auf Einladung einer legitimen Regierung und gegen einen schwachen Gegner. Ob die Organisation aber über ausreichende Ressourcen und den politischen Durchhaltewillen verfügt, um nicht nur eine Handvoll Putschisten, sondern mehrere tausend Kämpfer starke Extremistenmilizen effektiv zu bekämpfen, kann man bezweifeln.

## Empfehlungen

Die afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung stellen sehr deutlich klar, dass „Sicherheit, Frieden und nachhaltige Stabilität auf unserem Nachbarkontinent ... unser zentrales Interesse“ sind<sup>29</sup>. Entsprechend sollte Deutschland – im Rahmen der EU und bilateral – weiterhin Verantwortung am Golf von Guinea übernehmen. Eine weitere Destabilisierung seiner Anrainerstaaten berührt eben auch unsere strategischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen, nicht zuletzt wegen der wachsenden Bedeutung des Golfs von Guinea für internationale Handelsströme angesichts der unsicheren Lage im Roten Meer.



***Eine weitere Destabilisierung der Anrainerstaaten des Golf von Guinea berührt auch Deutschlands strategische, wirtschaftliche und Sicherheitsinteressen.***

Dazu ist eine rasche Umsetzung des neuen EU-Ansatzes zum Sahel notwendig. Dieser identifiziert sowohl die grundsätzlich veränderten Bedingungen in der Region als auch das Interesse der EU an einem fortgesetzten Engagement. Und er nennt verschiedene Optionen für eine Zusammenarbeit, abhängig von den nationalen Prioritäten der Sahel-Staaten bzw. der AES. Unklar bleibt allerdings, wie auf Seiten von „Team Europe“ Entscheidungen getroffen und implementiert werden sollen<sup>30</sup>.

Gleichzeitig sollten Deutschland und Europa ihr Vorgehen gegen Verbreitung anti-westlicher Narrative in der Region durch Russland deutlich ausbauen, z. B. durch



die Unterstützung unabhängiger lokaler Journalist:innen und Influencer auf diversen Medienplattformen in Benin, Togo, Ghana und Côte d'Ivoire.

Es bedarf auch eines einheitlichen Mechanismus zur Koordinierung der unterschiedlichen finanziellen Maßnahmen der EU in der Region sowie der bilateralen Lieferungen von militärischer Ausrüstung. Zusätzlich sollte die EU auch die Finanzierung von Militärgütern aus der Europäischen Friedensfazilität ermöglichen.

Ebenso ist es aber auch von zentraler Bedeutung, eine totale Militarisierung der Instrumente zur Abwehr der Extremisten zu vermeiden. Zivile Beiträge sind insbesondere bei Beilegung von Konfliktursachen und der Prävention von Extremismus erwießenermaßen erfolgreich. Dieser ganzheitliche Ansatz im Sinne des *Humanitarian-Development-Peace* (HDP) Nexus wird, wie oben beschrieben, von den Anrainerstaaten des Golfs von Guinea bereits verfolgt. Deutschland und Europa sollten derartige Maßnahmen in enger Abstimmung mit lokalen Partnern weiter ausbauen. Entscheidend ist der Aufbau echter Partnerschaften auf Augenhöhe mit Staaten am Golf von Guinea, geleitet von den lokalen Interessen. Ein erfolgreiches Beispiel ist etwa der Aufbau der *International Academy for the Fight Against Terrorism* (AILCT) in Côte d'Ivoire<sup>31</sup>.

Auf der diplomatischen Ebene sollten europäische Akteure jedwede diplomatische Initiative zum Abbau von Spannungen in der Region unterstützen, insbesondere eine Annäherung zwischen ECOWAS und AES würde die Bekämpfung extremistischer Gruppen in Westafrika wesentlich erleichtern. Auch hier gilt, dass die Initiative von lokalen Akteuren ausgehen muss. Europa

kann aber unterstützend wirken und Anreize setzen, etwa, indem es eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Militärregierungen der AES-Staaten signalisiert.

Schließlich sollte sich Europa auch aktiv um eine Einbeziehung anderer Akteure bemühen, die Einfluss und Interessen in der Region haben. Länder wie China, die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und Indien könnten durchaus eine positive Rolle spielen, idealerweise in Abstimmung untereinander und mit Europa. Denn trotz aller Unterschiede vereinen zwei Erkenntnisse diese Akteure: Dass die Staaten am Golf von Guinea unmittelbar von der Ausbreitung des islamistischen Extremismus aus dem Sahel bedroht sind und dass es dringend geboten ist, diese Expansion zu verhindern. Noch ist Zeit dazu.

## 10 ZIF-Sekundierte in Westafrika und Sahel

- 2 x EUSDI Gulf of Guinea, Accra und Brüssel
- EUCAP Sahel Mali, Bamako
- UNICEF Niger, Niamey
- EUDEL Nigeria, Abuja
- UNHCR Regionalbüro West- und Zentralafrika, Dakar
- UNDP Senegal, Dakar
- EUSR Sahel, Brüssel,
- 2 x EAD, Büro West- und Zentralafrika, Brüssel

- [1] [Global Terrorism Index 2025](#), S.47
- [2] [Africa Surpasses 150,000 Deaths linked to Militant Islamist Groups in Past Decade](#), Africa Center for Strategic Studies, July 2025
- [3] [Africa's Colliding Conflicts Compound Forced Displacement Crisis](#), Africa Center for Strategic Studies, September 2025
- [4] [How Jihadists Have Brought a Nation to a Standstill with Their Fuel Blockade](#), BBC 11.11.2025
- [5] [Report of the Secretary General, Activities of the UN Office for West Africa and the Sahel](#), 31. Juli 2025, S/2025/495
- [6] [UN chief warns security situation in West Africa, Sahel 'growing more critical by the day'](#), Anadolu, 18.11.2025
- [7] [AU Press Release](#), 09.11.2025
- [8] [1,900 persons killed in 450 terror attacks in West Africa – ECOWAS](#), APA News, 20.11.2025
- [9] [Africa's Active Militant Islamist Groups](#), Africa Center for Strategic Studies, Februar 2025,
- [10] [Non-state Armed Groups and Illicit Economies in West Africa](#), Global Initiative Against Transnational Organized Crime (GI-TOV)
- [11] [Harmattan Hazards: How Coastal Africa Can Escape the Sahel's Fate](#), Suzanne Tisserand, European Council on Foreign Relations, July 2025
- [12] [Countering JNIM's Drone Proliferation in the Sahel](#), Rida Lyammouri und Niccola Milnes, Policy Center for the New South, 14. Juli 2025
- [13] <https://www.undp.org/prevent-violent-extremism>
- [14] <https://www.un.org/peacebuilding/fund>
- [15] <https://www.un.org/climatesecuritymechanism/en/news/strategy-action-how-sahel-pioneering-national-climate-peace-and-security-plans>
- [16] [https://www.unodc.org/unodc/en/terrorism/projects/flagship\\_initiatives/connect.html?test-me](https://www.unodc.org/unodc/en/terrorism/projects/flagship_initiatives/connect.html?test-me)
- [17] <https://www.un.org/securitycouncil/ctc/>
- [18] <https://unowas.unmissions.org/>
- [19] 21.12.2023, [https://docs.un.org/en/s/res/2719\(2023\)](https://docs.un.org/en/s/res/2719(2023))
- [20] [Briefing: Peace Consolidation in West Africa, Security Council Report](#), 17.11.2025
- [21] [https://www.eeas.europa.eu/eu-sdi-gulf-guinea\\_en?s=410355](https://www.eeas.europa.eu/eu-sdi-gulf-guinea_en?s=410355)
- [22] [https://international-partnerships.ec.europa.eu/funding-and-technical-assistance/funding-instruments/global-europe-neighbourhood-development-and-international-cooperation-instrument\\_en](https://international-partnerships.ec.europa.eu/funding-and-technical-assistance/funding-instruments/global-europe-neighbourhood-development-and-international-cooperation-instrument_en)
- [23] <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/european-peace-facility/#operation>
- [24] Suzanne Tisserand, 2025, vgl. Fn. 9
- [25] Suzanne Tisserand, 2025, vgl. Fn. 9
- [26] [The Accra Initiative: Old Wine in a New Bottle?](#) Emma Birikorang und Mustapha Abdallah, Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre, Occasional Paper 51, 2023
- [27] [ECOWAS Parliament Approves Regional Defence Pact](#), African Security Analysis, 27.11.2025
- [28] [West Africa's ECOWAS bloc deploys standby force to Benin in response to coup attempt](#), France24, 07.12.2025
- [29] [Gemeinsam Partnerschaften gestalten in einer Welt im Wandel](#), Januar 2025
- [30] <https://www.ailct.org/en/>
- [31] <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14296-2025-INIT/en/pdf>

---

#### Foto

Seite 1: ©Hakan Cinar

---

#### Der Autor

Tobias von Gienanth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Team PPI des ZIF.

Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)  
Ludwigkirchplatz 3–4 | 10719 Berlin | Deutschland  
ppi@zif-berlin.org  
X @ZIF\_Berlin  
www.zif-berlin.org



Gefördert durch:



Auswärtiges Amt